Das „Hamburger Echo" erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: wöchentl. 5.60 ℳ, monatl. 24.— ℳ, vorauszahlbar frei ins Haus.
Für Abholer 21.— ℳ
Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock.
Verantwortlicher Redakteur: Johannes Reitze, Hamburg
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Buchhandlung: Erdgeschoß.
Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, 1. Stock.

Einzelnummer morgens 40 ℳ, abends sowie Sonn- und Festtags 60 ℳ.

Hamburger Echo

Anzeigen die elfgespaltene Petitzeile 5.60 ℳ
Arbeitsmarkt u. Familienanzeigen 3.50 ℳ
Kleine Anzeigen bis 9 Zeilen die Zeile 3.25 ℳ
Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 1 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 5 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus.
Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Nr. 68. Donnerstag, den 9. Februar 1922 — Abend-Ausgabe. 36. Jahrgang.

Ein Vorschlag zur Revision des Friedens von Versailles.

In seinem kürzlich erschienenen Buch „Eine Revision des Friedensvertrages" (A Revision of the Treaty. London 1922) hat John Maynard Keynes eine interessante Lösung des Reparationsproblems vorgeschlagen.

Bekanntlich hat die Reparationskommission die Forderungen der Alliierten an Deutschland auf 138 Milliarden Goldmark festgesetzt; diese Summe war schon eine bedeutende Ermäßigung der von den alliierten Regierungen geforderten Beträge; nur 58 % derselben hatte die Reparationskommission als berechtigt anerkannt; der englische Delegierte Sir John Bradbury hat, wie es scheint, sich sogar dafür eingesetzt, die alliierten Forderungen noch um 34 Milliarden zu kürzen und sie auf 104 Milliarden festzusetzen.

Von den 138 Milliarden entfallen 132 auf die Pensionen und Schäden, 6 Milliarden auf Belgiens Kriegsschulden. In welchem Verhältnis die 132 Milliarden verteilt werden sollen zwischen Pensionen und Schäden, haben die Alliierten nicht festgesetzt.

Keynes hat die Summe, die Deutschland nach den Buchstaben des Friedensvertrages den Alliierten schuldet, auf 110 Milliarden veranschlagt. Davon rechnet er 74 Milliarden für die Pensionen, 30 Milliarden für die unmittelbaren sachlichen und persönlichen Schädigungen der Zivilbevölkerung, 6 Milliarden für die von Belgien aufgenommenen Kriegsschulden.

„Diese Summe (von 110 Milliarden) ist mehr als Deutschland bezahlen kann. Aber die Forderung mit Ausschluß der Pensionen und Unterstützungen mag Deutschland zu bezahlen imstande sein." Keynes kommt in seinem Buch ausführlich darauf zu sprechen, wie entgegen den mit Deutschland vor dem Waffenstillstand getroffenen Vereinbarungen die Bezahlung der Pensionen und Unterstützungen im Laufe der Friedensverhandlungen durch unwürdige Auslegungskünste in den Friedensvertrag aufgenommen wurde. Der amerikanische Delegierte Lamout berichtet darüber: „Wir erklärten ihm (dem Präsidenten Wilson), daß wir keinen einzigen Juristen in der amerikanischen Delegation finden könnten, der sich zugunsten der Einbeziehung der Pensionen (in die Reparationsrechnung) aussprechen würde." Trotzdem hat Wilson sich darauf eingelassen, die Pensionen auf das deutsche Schuldkonto zu setzen. Das Argument, das den amerikanischen Präsidenten schließlich davon überzeugte, ein Recht auf diese Unterschiebung zu haben, war, „daß ein Soldat nach seiner Entlassung wieder ein Zivilist wird, und daß infolgedessen eine Verwundung, deren Wirkungen nach seiner Entlassung aus dem Heeresdienst fortdauern, ein einem Zivilisten zugefügter Schaden ist". Das ist „die moralische Basis, auf der Zweidrittel der Forderungen der Alliierten gegenüber Deutschland beruhen".

Da nach Ansicht von Keynes diese Forderungen im Widerspruch zu den Bedingungen stehen, auf Grund deren sich Deutschland seinen Feinden ergeben hat, so müssen „die Ansprüche auf Pensionen und Unterstützungen aufgegeben werden, weil sie unehrenhaft sind".

Dieser Verzicht „reduziert die Forderungen auf 36 Milliarden, eine Summe, die einzufordern nicht in unserem Interesse liegen mag; wahrscheinlich ist aber Deutschland theoretisch imstande, sie zu zahlen".

Aber mit dieser Reduktion der deutschen Reparationsschulden von 138 (bezw. 110) auf 36 Milliarden nimmt Keynes noch kein Genüge. „Es ist meiner Ansicht nach theoretisch nicht unmöglich, daß Deutschland 5 % Zinsen und 1 % Amortisation auf diese Gesamtsumme zahlt. Es könnte aber nur geschehen, indem es seine Exportindustrien in einer für Großbritannien schädlichen und störenden Weise zu erhöhter Produktion antreibt und seinem Finanzministerium ein so schwieriges Finanzproblem auferlegt, daß ungesunde Finanzen und schwache, haltlose Regierungen die Folge wären. Selbst wenn diese Zahlung theoretisch möglich ist, glaube ich nicht, daß sie sich praktisch über eine Periode von 30 Jahren durchsetzen läßt."

Daher soll das britische Reich auf seine gesamten Ansprüche, mit Ausnahme von einer Milliarde Goldmark, verzichten. Außerdem soll es die Forderungen Italiens und der kleineren Gläubiger an Deutschland dadurch begleichen, daß es deren Schulden an das britische Reich annulliert.

Keynes verteilt die Forderungen der Gläubigerstaaten in folgender Weise auf die 36 Milliarden Mark.

	Schäden	Belgische Schulden	Gesamtsumme
Britisches Reich	9	2	11
Frankreich	16	2	18
Belgien	3	—	3
Italien	1	—	1
Vereinigte Staat.	—	2	2
Andere	1	—	1
	30	6	36

Wenn das britische Reich dem Vorschlag von Keynes entspräche und auch die Vereinigten Staaten auf ihre Ansprüche verzichteten, würde Deutschland noch 18 Milliarden an Frankreich und 3 Milliarden an Belgien zu bezahlen haben. „Diese Summe sollte abgetragen werden durch jährliche Zahlungen von 6 % auf die geschuldete Summe über einen Zeitraum von 30 Jahren." Deutschland hätte nach dieser Rechnung jährlich 1260 Millionen Goldmark zu zahlen. Davon würde Frankreich 1080 Millionen erhalten, Belgien 180 Millionen. Diese Summe „reicht aus, um die verwüsteten Gebiete in Frankreich wieder aufzubauen, und ist anderseits doch nicht so niederdrückend, daß wir, um Deutschland zur Zahlung zu zwingen, jedes Frühjahr und jeden Herbst zum Einmarsch bereit sein müßten".

Da es infolge des Schwankens der Goldpreise zu großen Störungen führen könnte, wenn die jährlichen Zahlungen über einen so großen Zeitraum in Gold festgesetzt würden, „sollten die jährlichen Zahlungen durch irgendeine unparteiische Autorität einer Indexnummer des Markwertes von Gold angepaßt werden".

Wenn außer den besprochenen Maßnahmen Großbritannien und die Vereinigten Staaten Frankreichs Schulden an sie annullieren, ist es „überwiegend im Interesse Frankreichs", diese Regelung des Reparationsproblems anzunehmen. Wenn die jährlichen Zahlungen aus seinen Schulden an Großbritannien und Amerika aufgerechnet werden gegen die Zahlungen, die es im günstigsten Fall jährlich von Deutschland zu erwarten hat, kommen etwa 0,91 Milliarden Goldmark heraus. Wenn dagegen die von Keynes vorgeschlagene Revision des Friedensvertrages zustande kommt, würde Frankreich „nicht nur Anrecht auf eine größere Summe, nämlich 1,08 Milliarden Goldmark, haben, sondern Frankreich würde auch mit Fug und Recht erwarten können, bezahlt zu werden, insofern ihm eine Priorität auf Deutschlands verfügbare Hilfsquellen zugestanden wird, und weil die gesamte Schuldenlast Deutschlands Zahlungsfähigkeit nicht übersteigt".

Belgien würde bei dieser Regelung praktisch nicht zu kurz kommen. Italien würde sogar außerordentlich dabei zu gewinnen haben, vorausgesetzt, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten die italienischen Schulden annullieren.

Die Schulden Deutsch-Oesterreichs sollen ebenfalls annulliert werden. Aus der Milliarde Goldmark, auf die Großbritannien gegenüber Deutschland nicht verzichtet hat, soll Deutsch-Oesterreich Kredit im Wert von 300 Millionen Goldmark auf 5 Jahre zur Verfügung gestellt erhalten.

Der Rest der Milliarde soll unter Aufsicht der Vereinigten Staaten und Großbritanniens dazu verwandt werden, die polnische Währung wieder zu reorganisieren. Nur über die Zinsen dieses Kapitals soll Polen unbeschränkt verfügen können.

Auf dem Papier würden bei dieser Regelung des Reparationsproblems Großbritannien und die Vereinigten Staaten viel verlieren. Großbritannien ungefähr jährlich 150 000 000 Pfund, Amerika 78 000 000 Pfund. Keynes glaubt aber nicht daran, daß faktisch eines der beiden Länder mehr als einen Bruchteil dieser Beträge jemals einkassieren werde. Infolgedessen hält er das Opfer, das sie bringen würden, in Wirklichkeit für geringer, als es schwarz auf weiß den Anschein hat. Indessen rechnet er damit, daß mindestens die Vereinigten Staaten sich auf diese radikale Maßregel nicht einlassen werden. Wenn sie es nicht tun, muß Großbritannien trotzdem seine „papierenen Forderungen" annullieren.

„Diese Vereinbarung darf Frankreich nur unter einer Bedingung angeboten werden — daß es sie annimmt. Wenn es aber, wie Shylock, auf seinem Pfund Fleisch besteht, mag das Gesetz seinen Lauf haben. Dann mag Frankreich seinen Schein haben, aber wir auch den unseren. Dann mag Frankreich von Deutschland holen, soviel es zu bekommen vermag, und zahlen, was es den Vereinigten Staaten und England schuldet."

Außer dieser Regelung der Reparation, die Frankreich „einen enormen Nutzen verschaffen würde", nimmt die von Keynes vorgeschlagene Revision des Friedens von Versailles auch Bezug auf die Besetzung deutscher Gebiete durch die alliierten Truppen: „Es würde die friedlichen Beziehungen in Europa fördern, wenn, als Teil der neuen Vereinbarung, die alliierten Truppen vollkommen vom deutschen Gebiet zurückgezogen werden würden und auf alle Rechte auf Invasion, gleichgültig zu welchem Zweck, verzichtet würde, außer wenn die Mehrheit des Völkerbundes zustimmt. Als Entgelt sollten aber das britische Reich und die Vereinigten Staaten Frankreich und Belgien jeden vernünftigen Beistand, außer Hilfe im Krieg, verbürgen, um die Erfüllung ihrer verminderten Forderungen sicherzustellen; Deutschland dagegen sollte die vollständige Entmilitarisierung seines westrheinischen Gebietes garantieren."

Keynes glaubt nicht an die deutsche Gefahr für Frankreich, so wenig wie die französischen Arbeiter an sie glauben. „Daß Frankreich in absehbarer Zukunft irgend etwas von Deutschland zu fürchten hätte, außer was es etwa selbst provozieren würde, ist Selbstbetrug. Wenn Deutschland seine Kraft und seinen Stolz wiedergewonnen hat — und mit der Zeit wird das der Fall sein — müssen viele Jahre vergehen, ehe es seine Augen wieder westwärts wendet. Deutschlands Zukunft liegt jetzt im Osten, und nach dieser Richtung werden sich seine Hoffnungen und sein Ehrgeiz sicherlich wenden, wenn sie wieder aufleben."

Eine Revision des Friedens von Versailles in diesem großzügigen Sinne wäre sicher eine der wirksamsten Maßnahmen zur Wiederherstellung des europäischen Friedens; sie wäre die psychologische Vorbedingung der moralischen Abrüstung. Der direkte Einfluß dieser Vorschläge auf die Ansichten der maßgebenden politischen Kreise wird vermutlich nicht groß sein: die Staatsmänner müssen zu sehr mit den nationalistischen Schichten ihrer Länder rechnen, als daß sie in absehbarer Zeit rein sachlich zum Reparationsproblem Stellung nehmen könnten.

Indessen beweist die englische Politik, vor allem des letzten Jahres, daß sie sich den wirtschaftlichen Tatsachen nicht verschließen kann und will, deren Niederschlag die Keynesschen Gedankengänge sind. Der Rückgang der englischen Ein- und Ausfuhr im Jahre 1921 und die Arbeitslosigkeit reden eine eindringliche Sprache.

Innerhalb der europäischen Arbeiterschaft sind ähnliche Ansichten längst vertreten worden. Es kommt nicht darauf an, ob die Vorschläge zur Revision des Friedensvertrages im einzelnen übereinstimmen; die grundsätzliche Einstellung zum Reparationsproblem ist das Entscheidende: die wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages verhindern die Herstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts in Europa und in der Welt. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat sich in London (November 1920) und Amsterdam (März 1921) im gleichen Geist ausgesprochen. Verwandte Forderungen sind noch im Dezember von der englischen Arbeiterschaft nachdrücklich erhoben worden.

Die Arbeiterbewegung hat bei ihrem Kampf für eine Revision des Versailler Friedens die natürlichen Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung ebenso zu ihren Verbündeten wie die wissenschaftliche Einsicht. Auch nationalistische Politiker können diesen Kräften nur solange Widerstand leisten, als sie nicht selbst an verantwortlicher Stelle stehen. Die bloße Tatsache der geplanten Wirtschaftskonferenz in Genua, der auch die neue französische Regierung zugestimmt hat, beweist, daß die Kräfte, die zur Wiederherstellung des normalen wirtschaftlichen Lebens in Europa drängen, stärker sind als die politischen Vorurteile der Staatsmänner, die unbegrenzte papierene Gewinne für ihre Nationen einheimsen wollten.

Die Aussichten der russischen Getreideversorgung

Europa, und vor allem der Völkerbund, hat sich dank der heute herrschenden Gewissenlosigkeit mit der Tatsache der russischen Hungersnot sehr schnell abgefunden. Man weiß, daß in Rußland einige zwanzig Millionen braver, arbeitsamer und friedfertiger Menschen der ärgsten Not, die auf Erden je gesehen wurde, ausgesetzt sind; man weiß auch, daß Tausende und Abertausende dieser Menschen täglich an Hunger und an Seuchen eingehen, trotzdem rührt aber keiner der Staatsmänner Europas einen Finger, um diese Not zu beheben. Die in Deutschland, Frankreich und andern Ländern lebenden russischen Emigranten übertreffen an Gewissenlosigkeit noch das übrige Europa. Behängt mit Brillanten, in Seide gewickelt, treiben sie sich in allen Theatern der europäischen Großstädte, in den teuersten Winterkurorten, kurz, überall da herum, wo die elegante Welt, das heißt heute der Abschaum der Kriegs- und Revolutionsschieber, sich ein Stelldichein geben. Nansen hat mit seinem großen Hilfswerk, das er in echt norwegischer Unermüdlichkeit propagierte, bei den Großen und Reichen dieser Erde keinen Anklang gefunden. Nur das Proletariat Deutschlands, das selbst am besten weiß, wie weh der Hunger tut, ist seinem Rufe gefolgt und hat einiges zur Linderung der großen Not beigetragen, soweit es eben die eigenen dürftigen Verhältnisse gestatten.

Ueber die Hungersnot, die Epidemien des Jahres 1921 breitet der russische Winter sein großes Leichentuch. Was wird aber das Jahr 1922 bringen? Im März und April wäre im russischen Hungergebiet die Aussaat fällig. Es besteht jedoch keine Hoffnung, daß die Felder in diesem Jahre bestellt werden können. Die Bauern haben ihre Scholle verlassen, ohne anderwärts festen Fuß fassen zu können. Sie haben die benachbarten Gouvernements und Westsibirien überschwemmt, Typhus und Cholera überall verbreitet und auch dort die letzten Vorräte, oft einschließlich des Saatgutes, aufgezehrt. Hornvieh und Pferde sind restlos zusammengeschlachtet, die Dörfer dem Verfall preisgegeben. Die Katastrophe droht im laufenden Jahre lawinenartig anzuwachsen und das ganze Rußland zu erdrücken. Der Bevölkerung der Nachbarstaaten ist angesichts dieser Situation besonders unheimlich zumute; denn es besteht die Gefahr, daß die hungernden Massen sich dorthin wenden, wo sie noch Brot vermuten. Not kennt kein Gebot! Der russische Militarismus ist heute stärker denn je, und gern folgt jeder seinen Fahnen; denn wer ein Gewehr hat und ein paar Handgranaten, ist im heutigen Rußland dem Hungertode noch nicht so rasch verfallen wie die Wehrlosen. Nach einer bolschewistischen Schätzung stellt sich der gesamte Ernteertrag im Jahre 1921/1922 auf 744,7 Millionen Pud, gegen 1254,28 Millionen im Vorjahre. Für den Verbrauch der Bevölkerung und des Viehes sowie an Saatgut sind insgesamt 1102,79 Millionen Pud erforderlich, so daß ein Defizit von 358,1 Millionen Pud verbleibt. Hiervon sollen 110 bis 120 Millionen Pud durch Einfuhr aus Sibirien gedeckt werden, die Ukraine soll etwa 100 Millionen Pud liefern und durch Verringerung der Aussaat um 20 bis 30 % hofft man weitere 40 Millionen Pud zu ersparen. Es bleibt also, selbst wenn man annimmt, daß diese Kalkulation zutrifft, noch ein Defizit von rund 100 Millionen Pud, das nur durch Zufuhren aus dem Auslande gedeckt werden kann.

Regierung und Streik-Ende.

Vor dem Zusammentritt des Reichstages.

Berlin, 9. Februar. (Eigener Bericht.)

Die Reichsregierung stellte gestern abend in einer Kabinettssitzung die Richtlinien auf, nach denen die Maßregelung der streikenden Eisenbahner erfolgen soll. Das „Tageblatt" teilt mit, daß folgende Richtlinien aufgestellt worden sind:

1. Das ordentliche Disziplinarverfahren wird gegen Beamte eingeleitet, die a) Urheber des Streiks sind, b) soweit sie Sabotage oder gewaltsame Eingriffe in den Betrieb ausgeführt, oder andere Beamte an der Erfüllung der Dienstpflicht durch Gewalt oder durch Bedrohung mit Gewalt verhindert haben.

2. Soweit einzelne Beamte wegen des Streiks zur Verantwortung gezogen werden, soll nur auf Ordnungsstrafen erkannt werden, soweit sie alsbald zur Erfüllung ihrer Dienstpflicht zurückkehren. Geldstrafen sollen nur in Sonderfällen verhängt werden. Ueber das Diensteinkommen während der Streiktage bestimmt § 14 Absatz 3 des Reichsbeamtengesetzes: Nichtbezahlung der Streiktage.

4. Soweit Disziplinarverfahren bereits eingeleitet sind, sollen sie im Rahmen der Grundsätze zu 1. nach den gesetzlichen Bestimmungen weitergeführt werden.

5. Die kündbaren Beamten sollen nach den gleichen Grundsätzen behandelt werden.

Wie die Blätter weiter mitteilen, sollen als Urheber des Streiks nicht nur diejenigen Beamten, die an den Zentralstellen, sondern auch diejenigen, die im Reich in den Verwaltungsbezirken zum Ausbruch oder zur Fortsetzung des Streiks hervorragend mitgewirkt haben, gelten. Kündbare Beamte, die unter 1a oder 1b fallen, sind zu entlassen. Soweit sie schon entlassen sind, werden sie nicht wieder eingestellt. Das Beschwerderecht wird hierdurch nicht berührt. Die nicht unter 1a oder 1b fallenden kündbaren Beamten werden zur Beschäftigung wieder zugelassen, auch wenn sie schon entlassen sind. Das Kabinett beschloß, dem „Berliner Tageblatt" zufolge, auch gegen alle diejenigen Beamten vorzugehen, die sich einer Beschimpfung oder Belästigung von Beamten schuldig gemacht haben, die während des Streikes tätig waren.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion besprach gestern in zwei Sitzungen die durch den Eisenbahnerstreik und durch seinen Abbruch entstandene Lage. Allgemeine Einmütigkeit besteht darin, daß keine Rachepolitik betrieben werden darf und daß die schnelle Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten zu wünschen sei. Meldungen, die Gegenteiliges besagen und die vor einem „stürmischen" Verlauf der Fraktionssitzung sprechen, beruhen auf Erfindung.

Ein Orient-Abkommen.

Die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen England und Frankreich in der Orientfrage bestehen, sind nach dem Pariser „Intransigeant" jetzt aus dem Wege geräumt. Angeblich ist in folgenden Punkten eine Einigung zustande gekommen: 1. Sicherheit für die Christen in Kleinasien, denen wirksamer Schutz gewährt werden soll. — 2. Smyrna würde unter christlicher Oberherrschaft autonom werden. — 3. Grenzbeschränkungen in Thrazien. Die Engländer betrachten ein Wiederfestsetzen der Türken am westlichen Ufer der Meerenge als gefährlich. Anderseits wünscht man einen Bruch des durch den Krieg von 1912 bis 1913 auf dem Balkan hergestellten Gleichgewichtes zu verhindern. — 4. Einvernehmen über die Zwangsmaßnahmen, falls Griechen oder Türken das zu treffende Abkommen verletzen würden. Man denkt nicht an die Anwendung militärischer Gewalt, sondern an die Blockade der kleinasiatischen Küste. Einige Regierungen schlugen die Räumung Konstantinopels vor, hielten ihren Antrag aber nicht lange aufrecht.

Aufschub der Konferenz in Genua?

Neue Londoner Nachrichten besagen, daß gestern aus Amerika die Mitteilung eingetroffen ist, nach der mit Bestimmtheit damit zu rechnen ist, daß Präsident Harding im Laufe dieser Woche auf die Einladung Italiens, an der Konferenz in Genua teilzunehmen, antworten wird. — Bezüglich der französischen Note, die von der englischen Regierung den Aufschub der Konferenz in Genua um 3 Monate fordert, teilen englische Blätter mit, daß die englische Regierung vorläufig gegen eine solche Verschiebung ist und sich durch den Inhalt der Note nicht zufriedengestellt fühlt.

Die Reparationskommission veröffentlicht folgenden Bericht: Im Einklang mit der Entscheidung des Obersten Rates in Cannes vom 13. Januar 1922 hat Deutschland soeben in Auslandsdevisen an die vom Garantieausschuß bezeichneten Banken seine dritte zehntägige Zahlung von 31 Millionen Goldmark bewerkstelligt.

Offenes Bekenntnis. Die „Rote Fahne" ist ehrlich genug, vom Abbruch des Eisenbahnerstreiks in folgender Weise zu berichten: „Der Streik der Eisenbahner ist abgebrochen. Es ist den Spitzenorganisationen diesmal noch möglich gewesen statt den Kampf, dessen politischen Charakter die Arbeiter und Beamten Deutschlands instinktiv begriffen hatten, zum Siege zu führen, ein Kompromiß abzuschließen". Die Kommunisten sollten, wenn sie sich in wirtschaftliche Kämpfe mischen, in Zukunft auch vorher sagen, daß sie sie zu politischen umfälschen wollen. Das würde zur Klarheit erheblich beitragen.

Stand des Dollars (vorbörslich) 197.

Der Wanderer ohne Weg.

Roman von August Hinrichs.

[23]

Ich hatte nicht dran gedacht, mitzugehen, aber jetzt sagte ich doch: „Wenn's weiter nichts ist? Ich habe Zeit bis morgen früh."

„Und dann — schaun's — i bin halt verlobt." Das klang so wichtig und niedlich, daß es mir Freude machte.

„Das paßt herrlich," sagte ich also, „ich bin's nämlich auch!"

Sie sah mir prüfend ins Gesicht und wurde ein wenig befangen: „Gehn's — Sie spaßen ja."

„Sehe ich aus, als wenn ich lügen könnte?"

„Das grad net."

„Darf ich dann also mit?"

„I wollt über Nußdorf hinaus in den Wald."

„Das muß herrlich sein," sagte ich und blieb neben ihr.

Sie blieb stehen: „Ja alsdann — wenn Sie mögen — aber es wird nit Ihr Ernst sein."

„Sie wollen mich nur nicht mithaben," sagte ich und tat beleidigt.

„O doch," sagte sie rasch und war dann selbst darüber erschrocken, „das heißt — Sie wollten doch ins Museum?"

„Zu den toten Viechern? brr!" machte ich ihr nach.

Sie lachte auf: „Also holens rasch Ihre Sachen."

„Ist schon alles beieinander," sagte ich.

„Dann kommens mit," und schnell sprang sie die Treppen hinunter.

Wir mußten eine Strecke mit dem Zuge fahren und eilten zum Bahnhof, als sie plötzlich stehen blieb: „Jesses — i wollt ja die Theres abholen!"

„Wer ist das?"

„Meine Freundin — ist's Ihnen recht?"

„Das wohl — aber es wär doch schade."

„Warum?"

„Wir hätten uns so hübsch etwas erzählen können."

„Ja freilich — weil wir beide verlobt sind, net wahr?"

„Ja, deshalb!"

„I hab 's ihr auch net bestimmt gesagt," sagte sie zögernd.

„Wollen wir nicht lieber allein bleiben?" bat ich.

Sie nickte, wieder rot werdend und ging rasch weiter.

Im Zuge waren wir eingekeilt zwischen fremden Menschen.

Aber als wir ausgestiegen waren, führte sie mich bald von der Landstraße ab zwischen den Feldern entlang in den Wald hinein, immer etwas bergan. Es ging auf einen der Berge, von denen man so weit über die ganze Stadt und die Donau hinsehen kann.

„„I hab Ihnen immer zugeschaut beim Zeichnen, war's Ihnen auch recht?" fragte sie.

„Freilich," sagte ich, „ich hab ja auch hergeschaut, Sie zeichnen wohl den ganzen Tag?"

„Das ganze Jahr," sagte sie seufzend, „immer Blumen."

„Das ist doch herrlich."

„Schinderei ist's," begehrte sie auf, „i tät was andres lieber, aber i muß ja; drei Gulden die Woch' verdien i. Aber schauns jetzt dahin, Herr — Jesses, jetzt weiß i net amal, wie Sie heißen."

„Paul heiß ich."

„Herr Paul also — mein Verlobter heißt Franzl."

„Aber jetzt müssen Sie mir auch Ihren Namen sagen."

„Zenzi," flüsterte sie und wurde wieder ein wenig rot.

„Zenzi — das klingt hübsch."

„I mag ihn net — Ihr Fräulein Braut heißt wohl ganz anders?"

„Luise."

„Luise," wiederholte sie, „ach, das ist schön, möchtens mir net a bissl erzählen von ihr?"

Wir schlenderten langsam nebeneinander den Waldweg hinan, und ich erzählte ihr von meiner Liebe. Und da sie mir so still und bescheiden zuhörte, war sie mir wie eine liebe Schwester, und ich schüttete ihr mein ganzes Herz aus mit allen Hoffnungen und Zweifeln.

Zenzi tröstete mich und sprach mir Mut zu: „I muß ja auch gar so lange warten," sagte sie, „der Franzl ist in Graz und kommt nur alle Jahr einmal herüber. Er spart so sehr, daß wir heiraten können, aber a paar Jahr dauert's immer noch."

Nun war es an mir, sie zu trösten, und ich tat es, so gut ich konnte. Sie sah dankbar zu mir auf, wischte sich die Tränen ab und drückte mir herzlich die Hand.

„Ist's nicht viel schöner, daß wir allein geblieben sind?" fragte ich; sie nickte zutraulich: „Freilich, aber i wußt ja net —"

„Was wußten Sie nicht Zenzi?"

„Daß — daß Sie so gut sind. Aber jetzt haben wir ganz vergessen zu frühstücken," fuhr sie rasch fort, „hier ist grad so a rechter Platz dazu."

Damit zog sie mich auf die Seite nach einer erhöhten Wiese, von der man ein Stück der Donau übersehen konnte. Ich hatte nichts zu essen mit und wollte mir statt dessen eine Zigarre anzünden, aber das litt sie nicht; ich mußte Brot und Wurst von ihr annehmen. Sie erzählte mir unbefangen von ihrem armseligen kleinen Leben; sie zeichnete und malte seit ihrer Schulzeit für ein Postkartengeschäft. Erst in der Fabrik und jetzt, seit ihre Mutter sich nicht mehr allein helfen konnte, zu Hause. Immer Blumen, immer dieselbe Rose mit zwei Knospen und fünf Blättern, handgemalte Karten.

Als wir dann zusammen weiter gingen, erzählte ich ihr von meinen Wanderfahrten, Trauriges und Lustiges, wie es gerade kam, und wir waren beide erstaunt, daß es schon Mittag war, als wir oben bei der großen Wirtschaft anlangten.

Hier wollte ich mich aber auch nicht lumpen lassen und bestellte trotz ihres Einspruchs ein gutes Essen.

Als wir dann allein in einer kleinen Laube saßen und die Kellnerin uns auftrug, lachte sie fröhlich auf: „Wenn das der Franzel wüßt."

„Würde er böse sein?" fragte ich.

„Freuen tät er sich," sagte sie, „daß es mir so gut geht. I schreib's ihm gleich hin. Und Sie schreiben's auch heim, gelt."

Ich nickte und überlegte, sollte ich einmal wagen, an Luise zu schreiben?

Zenzi sah, daß ich traurig wurde und legte ihre Hand auf die meine. Wie wohl tat mir diese kleine Zärtlichkeit! Ich vermochte nicht mehr zu sprechen, Zenzi verstand mich, und wir aßen schweigend zu Ende.

Dann wollte sie meine trübe Stimmung verscheuchen und stand auf: „Jetzt legen wir uns in die Sonne und machen ein Schläfchen." Wir strebten aus der Nähe des Wirtshauses fort, wo überall Menschen waren und fanden eine sonnige Wiese, wo niemand uns störte. Hier legten wir uns ins Gras, und Zenzi stellte den aufgespannten Schirm über uns, daß uns die Sonne nicht in die Augen brennen konnte.

Ich hatte meinen Filz in den Nacken geschoben und lag ganz bequem, aber Zenzis kleiner Strohhut störte sie, und sie richtete sich halb wieder auf, um ihn abzunehmen. Da machte ich eine heimliche Bewegung, und als sie sich niederließ, lag ihr Nacken auf meinem Arm.

Sie erschrak und sah mich ängstlich an; als ich ihr nur freundlich zunickte, lächelte sie und sagte: „I will denken, es wär der Franzl."

„Und ich will denken, es wär die Luise," sagte ich und zog sie ein wenig näher, bis ihr Köpfchen an meiner Schulter lag. Wir sahen uns dicht in die Augen, und als sie so zutraulich liegen blieb, nur ein wenig rot wurde, beugte ich mich zu ihr nieder und küßte sie.

Sie wehrte sich nicht, aber da ich ihr nun leise die krausen Härchen an den Schläfen zurückstrich, flüsterte sie: „Es ist ja ka Sünde dabei, net wahr?"

„Nein, Zenzi, das ist gewiß keine Sünde."

Da lag sie still in meinem Arm und duldete es, daß ich mit zitternden Fingern ihr Haar streichelte und mich von Herzen satt küßte an ihrem weichen Mund. Aber als ich mehr verlangte, als ihr weißer Hals mich lockte, hielt sie meine Hände fest und bat: „Mehr nicht Paul — mehr darf auch der Franzl net."

Das rührte mich tief, aber ein wildes Verlangen nach Zärtlichkeit war in mir wach geworden, eine schmerzliche Sehnsucht nach Liebe; ich warf mich herum und preßte schluchzend mein Gesicht ins Gras.

Fortsetzung folgt.